

Antrag

der Abgeordneten Iris Gleicke, Anette Kramme, Silvia Schmidt (Eisleben), Dr. Peter Danckert, Petra Ernstberger, Wolfgang Gunkel, Gabriele Hiller-Ohm, Dr. Eva Högl, Josip Juratovic, Daniela Kolbe (Leipzig), Angelika Krüger-Leißner, Ute Kumpf, Steffen-Claudio Lemme, Burkhard Lischka, Gabriele Lösekrug-Möller, Caren Marks, Katja Mast, Petra Merkel (Berlin), Thomas Oppermann, Mechthild Rawert, Carsten Schneider (Erfurt), Ottmar Schreiner, Swen Schulz (Spandau), Sonja Steffen, Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Wolfgang Tiefensee, Dr. Marlies Volkmer, Andrea Wicklein, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dagmar Ziegler, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines „Rentenüberleitungsabschlussgesetzes“ und zur Einrichtung eines „Härtefallfonds“

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Neben der Vereinheitlichung der Rechengrößen der Rentenversicherung in Ost und West müssen mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit weitere offene Fragen der Rentenüberleitung abschließend geklärt werden. Auch die bei der Überleitung der Alterssicherung der DDR in das bundesdeutsche Rentenrecht getroffenen Regelungen müssen im Interesse des Rechtsfriedens und der Vollendung der deutschen Einheit endlich abschließend geklärt werden.

Fest steht, dass die Überleitung bis heute kein alle Interessen befriedendes Recht geschaffen hat. Im Zuge der Überleitung sind soziale Härten und Ungleichbehandlungen entstanden, die bis heute weiter bestehen. Dabei geht es jedoch nicht etwa darum, die zu Recht abgeschafften Privilegien für ehemals staats- und parteinahe Dienstleistende wieder einzuführen.

Es gilt ebenso festzuhalten, dass man den erreichten politischen Interessenausgleich im Nachhinein aufkündigen würde, wollte man heute neue rentenrechtliche Regelungen schaffen, um einzelne Betroffenenengruppen über Leistungsausweitungen besserzustellen. Dies würde zu neuen Abgrenzungsfragen und damit möglicherweise zu neuen Klagewellen führen und das Rentenüberleitungsrecht aufs Neue in Frage stellen.

Deshalb muss im Interesse der Betroffenen nach Alternativen gesucht werden, die geeignet sind, infolge der Rentenüberleitung verursachte soziale Verwerfungen abzumildern. Dies ist auch vor dem Hintergrund der gerade in den ostdeutschen Bundesländern bedrohlich wachsenden Altersarmut von großer Bedeutung.

Die Verpflichtung zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West, die sich aus Artikel 30 Absatz 5 Satz 3 des Einigungsvertrages und aus dem Grund-

gesetz ergibt, betrachten wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb müssen die Kosten zur Lösung der offenen Rentenfragen von allen und nicht nur von den Beitragszahlern getragen werden. Die Einrichtung eines „Härtefallfonds“ ist geeignet, die Interessen der einzelnen Betroffenen und des Gemeinwohls in Einklang zu bringen und soziale Härten abzufedern.

Die von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP angekündigte Vereinheitlichung der Rentensysteme soll deshalb mittels eines „Rentenüberleitungsabschlussgesetzes“ um die abschließende Klärung der offenen Überleitungsfragen ergänzt werden.

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

auf die Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines „Rentenüberleitungsabschlussgesetzes“ und eines „Härtefallfonds“ hinzuwirken, die

- die sozialen Wirkungen der Rentenüberleitung auf Handlungsbedarfe untersucht und einer umfangreichen Bestandsaufnahme unterzieht;
- konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung einer Transferleistung für die Betroffenen formuliert;
- zu korrigierende soziale Härten genau definiert. In Frage kommen hier u. a. Renten, die unter oder in etwa auf dem Niveau der Grundsicherung im Alter nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch liegen. Diese Versorgungslücken müssen größtenteils auf die Rentenüberleitung zurückzuführen sein und dürfen nicht nur Ursache eines generell niedrigen Alterseinkommens sein, das sich auch nach Anwendung des Rentenrechts der DDR ergeben hätte;
- schließlich ein Finanzierungskonzept vorlegt, in dem eine möglichst konkrete Prognose und Bereitstellung der benötigten Mittel durch Bund und Länder dargelegt wird. Die Leistungen aus dem „Härtefallfonds“ sollen aus dem Steueraufkommen finanziert werden.

Berlin, den 6. Juli 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Begründung

Von großen Teilen der ostdeutschen Öffentlichkeit wird dennoch zu Recht kritisiert, dass Anwartschaften einzelner Berufsgruppen aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen bisher nur unzureichend im Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) erfasst werden. Dies hat seit Anbeginn zu Protesten, Petitionen und nicht zuletzt Klagen durch alle gerichtlichen Instanzen geführt. Aus grundsätzlichen sozialpolitischen Erwägungen und gerade vor dem Hintergrund sozialer Verwerfungen, die durch die Unterschiedlichkeit der beiden Rentensysteme entstanden sind, muss für Härtefälle ein sozialer Ausgleich geschaffen werden. Dieser soll dort greifen, wo soziale Härten entstanden sind und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuermitteln finanziert werden.